

Vertrag zu billigen und zu unterzeichnen? War die Bereitschaft Washingtons erkennbar, politische Lösungen für regionale Konflikte anzustreben?

Nein. Die Verletzung sowjetischer und bulgarischer Territorialgewässer im Schwarzen Meer durch US-Kriegsschiffe war ebensowenig „vertrauensbildend“ wie die direkte Aggression gegen das souveräne Libyen. Die internationalen Spannungen wurden gefährlich angeheizt.

Die Gemeinsame Erklärung von Genf spricht davon, daß die USA und die UdSSR „nicht nach Erlangung militärischer Überlegenheit streben“ werden.

Wie sieht es in der Praxis damit aus? Auch hier sprechen die Fakten eine klare Sprache. Die Sowjetunion unternahm bekanntlich eine besondere Initiative zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa. Sie stimmt in gewisser Weise mit früheren amerikanischen Auffassungen über dieses Problem überein. Die berechtigten Forderungen der UdSSR nach sofortiger Beseitigung auch der britischen und französischen Atomwaffen wurde zurückgestellt.

Die USA-Administration hingegen reagierte völlig destruktiv. „Entgegen den Lebensinteressen aller Völker, einschließlich des eigenen, hat Washington einen Weg der faktischen Untergrabung der Genfer Vereinbarungen sowie von Handlungen eingeschlagen, die die ohnehin gespannte Weltlage weiter komplizierten“, erklärte Michail Gorbatschow in seiner Rede auf dem XI. Parteitag der SED.

Der wahnwitzige USA-Hochrüstungskurs ist Ausdruck der historischen Defensive des Imperialismus. Die Praxis der Destabilisierung der internationalen Beziehungen, die von Washington mit dem Vorantreiben des SDI-Projektes, der weiteren forcierten Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa, einer neuen Runde der chemischen und der konventionellen



Hochrüstung sowie der „Bomberpolitik“ gegen souveräne Staaten betrieben wird, offenbart dies. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Bruderländer setzen in der Verantwortung gegenüber der Menschheit ihren Kurs der Kooperation gegen die von den aggressivsten Kreisen der USA eskalierte Konfrontation fort. Die Kraft und das weitere Erstarren der sozialistischen Gemeinschaft spielen eine entscheidende Rolle im Ringen um den Frieden. Die weltweite Friedensbewegung aktiviert ihren Kampf gegen die friedensgefährdende Politik der Nuklearbesessenen ebenso wie die Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Kommunistische und Arbeiterparteien mobilisieren in Aktionseinheit mit sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien die Öffentlichkeit ihrer Länder für eine dem Nuklearzeitalter „adäquate Sicherheitspolitik. Große Teile der herrschenden Kreise des Westens treten für Vernunft und Realismus in den internationalen Beziehungen ein. Selbst in der NATO unterstützen die meisten Mitgliedsstaaten weder das „US-Sternenkriegsprojekt“ noch die US Bomberpolitik. Die Monate seit dem Genfer Gip-

fel waren lehrreich für die internationale Öffentlichkeit, für die Völker. Die Taten der USA zeigen, wer verantwortlich ist für das Anheizen der derzeitigen Spannungen. Es ist das globale Vormachtstreben des USA-Imperialismus, es ist seine Strategie der sozialen Revanche gegen den Sozialismus, gegen den Befreiungskampf der Völker.

Die Staaten des realen Sozialismus werden die Verteidigung der Menschheitsinteressen verstärken. Ihre Besonnenheit, ihre Bereitschaft zu gegenseitig annehmbaren Kompromissen für Schritte der Rüstungsbegrenzung und -reduzierung und ihre Praxis des konstruktiven, auf Ergebnisse orientierten Dialogs im Interesse der Sicherung des Friedens sind kein Ausdruck der Schwäche oder von Nachgiebigkeit. In der angespannten internationalen Situation „sah und sieht es unsere Partei als entscheidende Aufgabe an“, betonte Erich Honecker auf dem XI. Parteitag, „durch ihr Tun und Handeln ihren Beitrag zur Minderung der Kriegsgefahr zu leisten“.

Prof. Dr. Georg Grasnack
Stellvertreter des Direktors des Instituts
für Internationale Politik und Wirtschaft
der DDR